

Stellungnahme der Fraktion

„Die Bürgerliste“ zur Haushaltssatzung 2020

„Es gilt das gesprochene Wort“

Sperrfrist zur Veröffentlichung bis zum Ende der Rede!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Arnold,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
sehr geehrte Anwesende,

Sie haben, Herr Oberbürgermeister Arnold, Ihre Rede zur Einbringung des Haushaltes 2020 mit den Worten **„mit Verantwortung und Kreativität“** überschrieben.

In dieser Ansprache haben Sie unter anderem auch die Frage gestellt „beschränkt sich Politik künftig lediglich noch auf das Gestalten von Verzicht.“

Sie haben detailliert die Anforderungen, die heute an die Städte gestellt werden, dargelegt so die Integration aller Kulturen, Mobilitätsangebote und Baupolitik unter Beachtung des Klimawandels, Betreuung und Bildung unserer Kinder, Wirtschaftsförderung und Gewerbestruktur wie auch die Digitalisierung, insbesondere der Aufbau moderner Breitbandtechnologie.

Sie haben dem kurz gesagt, den Rückgang der Erträge unserer Stadt, insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer gegenüber gestellt und dazu aufgerufen, dafür zu kämpfen, dass wir Kommunen für die enormen Leistungen endlich auch finanziell fit gemacht werden.

Bevor ich auf diese Themen eingehe lassen Sie mich noch einige Wort zur gesamtwirtschaftlichen Konjunkturprognose der Bundesrepublik Deutschland sagen, die im Vorbericht unserer Haushaltssatzung angesprochen wird.

Zum Zeitpunkt der Abfassung des Haushaltsplanes konnte man noch von einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes ausgehen.

Diese Erwartungen sind überholt, da zwischenzeitlich zumindest im 1. Quartal des Jahres 2020 mit einem negativen Wachstum zu rechnen ist.

Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Baukonjunktur sowie der kräftige Binnenkonsum Grund für diese Wachstumserwartung war, die Deutsche Industrie hingegen, insbesondere jedoch die Automobilindustrie erneut einen negativen Wachstumsbeitrag leistete.

Die aus verschiedenen Gründen anhaltende Schwäche der Automobilindustrie – Diesel-Skandal; Transformation vom Verbrennungs- zum Elektromotor – ist jedoch gerade für unseren Wirtschaftsraum und gerade auch für den Standort Schwäbisch Gmünd von größter Bedeutung.

Wir spüren dies hautnah an den Sanierungsgesprächen, die die Arbeitnehmer der Firma Bosch Automotive in Schwäbisch Gmünd mit dem Konzern führen müssen und es steht das Schreckgespenst der Verlagerung weiterer produktiver Teile der Firma Bosch Automotive in ausländische Werke mit der Konsequenz weiterer Entlassungen von Arbeitnehmern im Raum.

Es wird in dieser Situation aber auch die Machtlosigkeit der Politik deutlich, die auf die international agierenden Konzerne keinen Einfluss hat und sich im Interesse ihrer Bürger bemüht in Gesprächskreisen, wie dem runden Tisch, einer Änderung der für unsere Mitbürger so nachteiligen Entscheidung der Konzerne herbeizuführen.

Dies ist aller Ehren wert und wir danken Ihnen für Ihr Engagement in dieser Beziehung.

Allerdings gibt sich unsere Fraktion, Herr Oberbürgermeister Arnold, nicht der Illusion hin, dass durch derartige Gespräche die strategischen Entscheidungen der Konzerne bezüglich der Verlagerung der Produktion an Auslandsstandorte verhindert werden kann.

Was hat dies für unsere Stadt für Konsequenzen?

Es steht zu befürchten, dass der Ansatz der Gewerbesteuereinnahmen im Haushalt 2020 in Höhe von 28 Millionen Euro vor dem gesamtwirtschaftlichen Hintergrund zu optimistisch angesetzt ist.

Dies gilt umso mehr, als die Auswirkungen des Brexit den starken Export Baden-Württembergs nach Großbritannien erheblich beeinträchtigen werden.

Dazu kommt, dass derzeit die wirtschaftlichen Auswirkungen des grasierenden Corona-Virus, der die Weltwirtschaft weiter lähmt, nicht abgeschätzt werden können.

Und damit komme ich zu Ihrem Wort „**Kreativität**“.

Wir müssen intensive bemüht sein vom Automobilbereich unabhängige Branchen in unserer Stadt anzusiedeln.

Unsere Fraktion weiß, dass sich dieser Gedanke wie ein Mantra durch sämtliche Fraktionsaussprachen der Haushaltssatzungen der vergangenen Jahre zieht.

Noch nie war jedoch die Situation so ernst für unsere Stadt als in dem jetzigen Zeitraum, insbesondere in den kommenden Jahren.

Wir müssen deshalb kreative – unorthodoxe – Wege gehen, um möglichst zeitnahe die Ansiedlung von neuem Gewerbe in unserer Stadt zu erreichen.

Die Stuttgarter Zeitung titelte unter dem 11.12.2019 bei Betrachtung der Wirtschaftssituation in Stuttgart und den umliegenden Landkreisen „**zu wenig Platz für Gewerbe in der Region**“.

Der regionale Wirtschaftsförderer Walter Rogg, der jahrelang als Wirtschaftsförderer in dem Raum Stuttgart tätig war, kritisierte die Regionalpolitik als zu routiniert, wies insbesondere auf den Mangel der Gewerbeflächen hin.

Er warnte damals schon davor, die Probleme erst dann anzugehen, wenn sich ihre ganze Dramatik offenbaren würde.

Gerade die fehlenden Gewerbeflächen im Großraum Stuttgart und unsere gute Verkehrsanbindung an Stuttgart durch die B29 bieten gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche Werbung neuer Gewerbebetriebe.

Es wäre daher sinnvoll, Herrn Walter Rogg zu einer Gemeinderatssitzung einzuladen, um sich von diesem Anregungen für eine kreative Ansiedlungspolitik unter Berücksichtigung der besonderen Gmünder Situation zu holen.

Wir stellen insoweit einen

Antrag.

Immerhin bescheinigt das schweizer Unternehmen Prognos, dass der Ostalbkreis von insgesamt 401 untersuchten Städten und Kommunen auf Rang 59 liegt, allerdings haben wir beim Demografie Ranking lediglich den Rang 189 erreicht, beim „Stärke Ranking“ jedoch Rang 58 wiederum beim Dynamik Ranking nur 112.

Vor dem Hintergrund unserer strukturellen Probleme bei der Gewerbesteuer war es deshalb konsequent, das finanzielle Heil der Stadt in einer intensiven Steigerung der Einwohnerzahlen zu suchen.

Unsere Fraktion hatte bereits bei ihrer Aussprache zum Haushalt 2018 darauf hingewiesen, dass dies jedoch nur im Rahmen einer klugen Abwägung zwischen Attraktivitätssteigerung, Umweltschutz- und Klimaschutzbelangen erfolgen dürfe.

Ich möchte die damaligen Ausführungen unserer Fraktion nicht weiter wiederholen, weise jedoch darauf hin, dass die Steigerung von Einwohnerzahlen nur dann sinnvoll ist, wenn die Kosten der dadurch bedingten Infrastrukturmaßnahmen nicht den wirtschaftlichen Wert des Bevölkerungszuwachses übersteigen.

Gerade in dieser Hinsicht müssen wir künftig mehr Augenmaß an den Tag legen.

Es bringt unsere Stadt wirtschaftlich nicht vorwärts, wenn die durch die größere Einwohnerzahl erreichten Finanzaufweisungen, z. B. bei der Kinderbetreuung gerade einmal 50 % der Betreuungskosten ausgleichen.

Diese Situation führt zu einer stetigen weiter anwachsenden Verschuldung unserer Stadt.

Dies zeigt die Kostenentwicklung im Bereich der Kinderbetreuungskosten in unserem Haushalt 2020 eindeutig.

Auch werden wir sorgfältig im Auge behalten müssen, ob wir nicht derzeit gezwungenermaßen im Betreuungsbereich Kapazitäten aufbauen, die uns beim „Herauswachsen der Kinder aus der Kindergartenzeit“ mit erheblichen Folgekosten belasten.

Auch diesbezüglich, Herr Oberbürgermeister Arnold, werden wir kreative Lösungen finden müssen.

Unsere Fraktion hat sich für die Aussprache zum Haushalt 2020 entschlossen, von ihrer bisherigen Gepflogenheit zahlreiche Einzelthemen aufzugreifen, Abstand zu nehmen.

So werden wir uns nicht erneut

- *zur Verkehrsführung in Schwäbisch Gmünd, insbesondere dem Thema „Fahrens ums Stöckle“ äußern*
- *dem Renovierungsbedarf des CCS-Zentrums*
- *der Förderung des Tourismus*
- *dem Ausbau eines Radwegenetzes*
- *der Entwicklung des TSB-Geländes*
- *der Entwicklung der Schülerzahlen*

- *Sauberkeit unserer Stadt, insbesondere Wegwerfen von Zigaretten*
- *bezahlbarer Wohnraum*

äußern.

Die in der Vergangenheit von unserer Fraktion zu diesen Themen dargelegte Auffassung halten wir in vollem Umfang aufrecht.

Lediglich ein Thema wollen wir aufgreifen und kommen darum auch dem Begriff

„mit Verantwortung“

Ihrer Stellungnahme zum Haushalt, Herr Oberbürgermeister Arnold, zurück.

Wir haben mit großem Erfolg und viel Engagement im Jahre 2014 eine Landesgartenschau durchgeführt, die für unsere Stadt im ganzen Land eine positive Resonanz brachte.

Wir haben ebenfalls mit großem Erfolg, allerdings auch schmerzhaftem finanziellen Einsatz, die Remstalgartenschau durchgeführt.

Dadurch haben wir unsere Stadt sehr attraktiv gestaltet.

Wir haben es aber bis heute nicht geschafft, Herr Oberbürgermeister, einen Standort für den Bau eines neuen

Feuerwehrhauses

zu finden.

Dies steht nach unserem Verständnis, Herr Oberbürgermeister Arnold, im Widerspruch zu unseren ständigen Bekundungen gegenüber unserer freiwilligen Feuerwehr, dass wir auf deren Arbeit stolz sind, auch dankbar für ihren zuverlässigen Schutz unserer Bürger.

Unsere Fraktion meint deshalb, dass es an der Zeit ist, dass wir nunmehr Verantwortung gegenüber unserer Feuerwehr übernehmen und bis spätestens Mitte des kommenden Jahres die Standortsuche im Zusammenwirken mit unserer Feuerwehr abschließen.

Wir stellen hierzu einen

Antrag.

Die vorstehend erwähnten, sicherlich sehr wichtigen Themen sind in den kommenden Gemeinderatssitzungen zu lösen. Sie wurden auch teilweise in den bereits vorgetragenen Aussprachen der anderen Fraktionen erwähnt, so dass wir hierzu nicht noch einmal gesondert Stellung nehmen müssen.

Wir sind der Überzeugung, dass es im Hinblick auf die außerordentlich schwierige finanzielle Situation unserer Stadt nicht sinnvoll ist, weitere haushaltswirksame Anträge zu stellen, vielmehr sind wir der Auffassung, dass es unbedingt erforderlich ist, so schnell wie möglich eine Haushaltsstrukturkommission zu bilden, bestehend aus Mitgliedern der Gemeinderates, der Verwaltungsspitze, insbesondere dem Finanzdezernenten, sowie dem Wirtschaftsförderer.

Wir stellen insoweit einen

Antrag.

Die von Ihnen angekündigte Arbeitsgruppe „*Standort GD 2030*“, Herr Oberbürgermeister Arnold, greift zu sehr in die Zukunft und wird sicherlich mit grundsätzlichen Themen, wie die sich durch die umfassende Transformation im wirtschaftlichen Bereich, insbesondere im Automobilbereich auf die Gesellschaft ergebenden Änderungen beschäftigen.

Hier müssen langfristige Lösungen gefunden werden.

Demgegenüber wird es Aufgabe der Haushaltsstrukturkommission sein, sich möglichst schnell und intensiv mit der Haushaltssanierung auseinander zu setzen, insbesondere die ordentlichen Aufwendungen streng daraufhin zu überprüfen, ob sich diese in jedem Einzelfall noch verantworten lassen.

Wir dürfen keinesfalls unsere Augen davor verschließen, dass unsere künftigen Haushalte nach dem derzeitigen Planungsstand schon ab dem Jahre 2021 ***nicht mehr genehmigungsfähig sein werden.***

Es seien in diesem Zusammenhang nur ein paar kurze Anmerkungen gemacht, da es der Haushaltsstrukturkommission obliegen wird, entsprechende Empfehlungen dem Gemeinderat vorzulegen.

Wir müssen uns jedoch in diesem Zusammenhang fragen,

- ob sich unsere Stadt noch die Förderung der Bebauung durch das städtische Baukindergeld, für das wir jährlich 150.000,00 Euro investieren, leisten kann.

Diese Maßnahme mag sinnvoll gewesen sein, so lange es das Baukindergeld seitens des Bundes nicht gab.

Nachdem dieses aber mittlerweile eingeführt ist, vertritt unsere Fraktion die Auffassung, dass wir diese Investition im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage unserer Stadt künftig einsparen müssen.

Ebenso müssen wir uns fragen,

- ob es sich unsere Stadt noch leisten kann, bei der städtischen Bibliothek einen Personalaufwand in Höhe von ca. 987.000,00 Euro aufzuwenden.

Es ist nach Auffassung unserer Fraktion angezeigt, die insoweit entstehenden Personalkosten durch eine Reduzierung der Öffnungszeiten der Bibliothek zurückzuführen.

Ebenso ist zu klären, was sich bei dem Bibliothekshaushalt hinter der Position „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ in Höhe von ca. 229.000,00 Euro verbirgt.

Lassen Sie uns aber noch einen Blick auf die künftige Ertragssituation unserer Stadt werfen:

Um diese zu verbessern haben, wir derzeit eigentlich nur zwei rasch greifende Maßnahmen nämlich entweder die Anhebung der Grundsteuer oder aber der Gewerbesteuer, letztlich ggf. Anhebung beider Steuern.

Wir sind der Auffassung, dass die Anhebung der Grundsteuer derzeit die einzige sinnvolle, wenn auch für die Bürger unserer Stadt schmerzliche Möglichkeit ist, die Erträge zu steigern.

Die Anhebung der Grundsteuer B von dem derzeit geltenden Hebesatz in Höhe von 430 auf einen Hebesatz von 470 wird letztlich Erträge von ca. 1 Million Euro gerieren, die im Hinblick auf den Umstand, dass der Haushalt unserer Stadt schon im Jahre 2021 nach derzeitiger Lage nicht mehr genehmigungsfähig ist, unbedingt bereits jetzt realisiert werden müssen.

In diesem Zusammenhang, Herr Oberbürgermeister Arnold, möchten wir aber auch nachdrücklich darauf hinweisen, dass wir es nicht dabei bewenden lassen dürfen, immer wieder anklagend darauf hinzuweisen, dass unsere Kommune zwar höhere Belastungen durch Bund und Land auferlegt werden aber dagegen nicht nachdrücklich vorzugehen.

Wir müssen Bund und Land insoweit nunmehr unverzüglich in die Pflicht nehmen und sei es ggf. im Gerichtswege.

Unsere Stadt gibt jährlich an Beiträgen für den Städtetag Baden-Württemberg und den Deutschen Städtetag in Köln ca. 55.000,00 Euro aus.

Die Vertretung der Anliegen der Kommunen, gerade was die immensen Kosten der Kinderbetreuung anbelangt, haben jedoch durch diese Institutionen zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt.

Dies obwohl sämtliche Kommunen unter diesen Kostenbelastungen stöhnen, somit ein entsprechender Druck vorhanden sein müsste.

Daher ist es das Gebot der Stunde, sich mit anderen Kommunen zusammen zu schließen und die berechtigten Forderungen unserer Stadt gegen Land und Bund mit dem Ziel einer besseren Ertragssituation durchzusetzen.

Es kann nicht angehen, dass Bund und Land die Kommunen mit immer weiteren Aufgaben belasten, die zur Bewältigung dieser Aufgabe erforderlichen Mittel jedoch nicht zur Verfügung stellen.

Die seit Jahren überdurchschnittlich sprudelnden Steuerquellen.

Wenn wir von unseren Bürgern, Herr Oberbürgermeister Arnold, höhere Steuern abverlangen, stehen wir in der Pflicht, auch sämtliche Maßnahmen zu ergreifen, die höheren Finanzaufweisungen durch das Land erbringen.

Unsere Fraktion jedenfalls freut sich auf intensive und auch konstruktive Gespräche in der Haushaltsstrukturkommission, deren vorrangiges Ziel sein wird die Genehmigungsfähigkeit unserer künftigen Haushalte zu sichern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Gemeinderäte.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Geduld, mit der Sie trotz zwischenzeitlich stundenlangen Vorträgen noch meinen Ausführungen folgten.

Ihnen, Herr Oberbürgermeister Arnold, danke ich im Namen unserer Fraktion ganz herzlich für Ihren Einsatz zum Wohl unserer Kommune, auch dafür, dass Sie sich entschlossen haben, den „*Sirenengesängen aus Stuttgart*“ nicht zu folgen, sondern unsere Stadt in den kommenden schwierigen Jahren zu führen.

Unsere Fraktion ist fest davon überzeugt, dass Ihr Engagement, Ihre Kreativität und auch Ihre Überzeugungskraft ein Garant dafür sein wird, dass wir die Herausforderungen der Zukunft meistern werden.

Herr Bürgermeister Dr. Bläse, Sie haben in den zurückliegenden Monaten seit der Aussprache zur Haushaltssatzung 2019 in unermüdlicher Weise sich für unsere Stadt eingesetzt.

Bei Ihnen steht bedauerlicherweise noch offen, ob Sie in nächster Zeit nach anderen Aufgaben streben werden.

Für unsere Stadt wäre es von großer Bedeutung, wenn auch Sie weiterhin unsere Stadt begleiten würden, denn das erfolgreiche Duo Arnold und Bläse sind sicherlich ein Garant dafür, dass wir die schwierigen Zeiten so gut wie möglich meistern werden.

In diesen Dank möchten wir auch Sie, Herr Oberbürgermeister Mihm, einschließen.

Wir sind zuversichtlich, dass die neuen Baugebiete auf dem Hardt, dem Fehrle-Areal und der Brücke, die so schnell wie möglich erschlossen werden müssen, bei Ihnen in guten Händen liegen.

Herr Ott, ich kann Ihnen gegenüber nur meine Äußerungen in den vergangenen Aussprachen wiederholen.

Sie sind aufgrund jahrzehntelanger Kenntnis der Gmünder Verwaltung und Ihrer effizienten und gleichzeitig unscheinbaren Tätigkeit, die stabilste Säule dieser Verwaltung.

Wir sind sehr froh, dass Sie wieder vollständig genesen sind und deshalb wieder, wie in jungen Tagen, das große Arbeitspensum, das Ihnen obliegt, bewältigen können.

Hierfür unseren herzlichen Dank.

Schließlich, Herr Bantel, danken wir Ihnen ebenso herzlich, dass Sie und Ihre Mitarbeiter die Haushaltssatzung 2020, insbesondere den Wechsel von der Kameralistik zur Doppik ein für den Gemeinderat einigermaßen verständlich darzustellen.

Bedauert haben wir allerdings, dass die Haushaltssatzung 2020 von den Detailangaben weniger nachvollziehbar ist.

Aber vielleicht lässt sich dies bei der Haushaltssatzung 2021 ja ändern.

Unabhängig davon haben wir von der immensen Arbeit, die in dem Zahlenlabyrinth Haushaltssatzung steckt, größten Respekt und danken Ihnen, insbesondere aber auch Ihren Mitarbeitern, hierfür ganz herzlich.

Schließlich möchten wir noch allen Mitarbeitern der Verwaltung, die durch so manche Überstunde das ungeheure Arbeitspensum, das die Verwaltung unserer Stadt jedes Jahr mit sich bringt, ganz herzlich bedanken.

Ausdrücklich erwähnen und auch danken, namens meiner Fraktion, möchte ich den ehrenamtlichen Mitarbeitern in den Arbeitskreisen, insbesondere dem Arbeitskreis Stadtentwicklung, die durch ihre guten lokalen Kenntnisse vielfach hervorragende Empfehlungen für die Weiterentwicklung unserer Stadt gegenüber der Verwaltung und dem Gemeinderat einbringen.

Nachdem es mittlerweile ja gute Übung ist, dass die Reden zur Einbringung des Haushaltes mit einem Zitat geschlossen werden, erinnere ich an ein von „*Epikur*“ das mir für die Situation unserer doch recht treffend erscheint:

„Aus Angst mit Wenigem auskommen zu müssen, lässt sich der Durchschnittsmensch zu Taten hinreißen, die seine Angst erst recht vermehren“.

Anträge zur Stellungnahme der
Fraktion Bürgerliste Schwäbisch Gmünd
zur Haushaltssatzung 2020

I. Haushaltswirksame Anträge:

1. Einladung des Herrn Walter Rogg zu einer Gemeinderatssitzung noch im Jahre 2020 zu den Themen Gmünds Chancen und Gmünds Hemmnisse bezüglich der Ansiedlung von neuen Gewerbeunternehmen

II. Nicht haushaltswirksame Anträge:

1. Standortsuche für den Bau eines neuen Feuerwehrhauses in Abstimmung mit der Feuerwehr und der Zielsetzung bis spätestens 30.06.2021.
2. Unverzüglich Zusammensetzung einer Haushaltsstrukturkommission bestehend aus Mitgliedern der Verwaltung und des Gemeinderates, ggf. unter Einbeziehung außen stehender Fachleute mit dem Ziel, die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes 2021 und 2020 zu erreichen.